

Tunesien

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	19
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	24
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	25
Bedrohung von Alliierten	26
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	27
Unerlaubte Wiederausfuhr	29
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	30

ZUSAMMENFASSUNG

Sicherheitssektor in Tunesien

Insgesamt verfügt Tunesien über keine bedeutenden eigenen Rüstungsproduktionskapazitäten und ist somit auf Rüstungsimporte angewiesen. Hauptlieferant von Waffensystemen sind die Niederlande, USA und die Türkei. Die Anzahl der Soldat:innen und der schweren Waffensysteme ist in Tunesien um ein vielfaches geringer als beispielsweise in seinem Nachbarland Algerien. Vornehmliche Aufgabe der tunesischen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden ist die Bekämpfung von militanten, islamischen Fundamentalist:innen. Diese genießen zwar nur wenig Rückhalt in der von einer gemäßigten Auslegung des Islam geprägten Bevölkerung, könnten das Land aber über die offenen Grenzen der Sahara im Süden infiltrieren.

Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet. Viele sind allerdings inzwischen veraltet, trotzdem wird eine umfassende Modernisierung der Heeresausstattung zurzeit noch nicht geplant. Obwohl sich die Küste Tunesiens über etwa 1.000 Kilometer ausdehnt, verfügt die Marine über vergleichsweise geringe Kapazitäten. Mit elf Jagdbombern und drei Kampfflugzeugen ist die tunesische Luftwaffe ebenfalls vergleichsweise klein.

Der ehemalige Präsident Tunesiens, Zine el-Abidine Ben Ali, machte ursprünglich als General und Geheimdienstchef beim Militär Karriere. Er war mit der militärischen Führung stets eng verbunden. Trotzdem war der Einfluss der Streitkräfte auf die Landespolitik wohl immer noch geringer als beispielsweise im Nachbarland Algerien. In Tunesien gibt es im Gegensatz zu Algerien keine Tradition in der Verbindung des Militärs mit dem politischen System sowie der politischen Einmischung der Offizier:innen. Zwar galt auch in Ben Alis Sichtweise das Militär als Stütze seiner Herrschaft, dennoch sorgte er dafür, dass das Militär nicht unverhältnismäßig anwuchs, wie in anderen Staaten der Region. Wie auch in anderen Maghreb-Ländern besteht die vorrangige Aufgabe der tunesischen Streitkräfte weniger in der Bekämpfung oder Abschreckung äußerer Bedrohungen als in der Verfolgung vereinzelter islamistischer Gruppen im Inneren. Die Ausbildung von Soldat:innen erfolgt in der Regel nicht in Tunesien selbst, sondern durch die ehemalige Kolonialmacht Frankreich oder in den USA.

Dass in Ägypten und Tunesien der sogenannte Arabische Frühling weitgehend friedlich die jeweiligen Diktatoren zu Fall brachte, hängt unter anderem damit zusammen, dass in beiden Ländern die Armee nicht gewaltsam gegen die Proteste vorging. Während in Ägypten das Militär direkt nach der Revolution politische Ämter übernahm und im Juli 2013 erneut intervenierte, um Präsident Mursi abzusetzen, hielt sich in Tunesien die Armee aus dem politischen Prozess heraus, übernahm dafür aber Aufgaben der inneren Sicherheit und füllte damit das Vakuum, das durch die Auflösung der alten Sicherheitsbehörden entstanden war.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Tunesien ist allen wichtigen internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, mit Ausnahme des Internationalen Waffenhandelsvertrages (ATT). Das Land besitzt keine Massenvernichtungswaffen und hat allen Berichten zufolge auch nie versucht, in den Besitz solcher Waffen zu gelangen.

Auch ist Tunesien zahlreichen wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten und in der Verfassung von 2014 sind die Menschenrechte sowie die Unabhängigkeit der Justiz garantiert. Die im August 2022 verabschiedete neue Verfassung berührt die Grund- und Menschenrechte zwar kaum, führt aber weitführende Änderungen des politischen Systems ein. Sie betont anstelle des weltlichen Staatscharakters die Ziele des Islams und wird von Kritiker:innen als Schritt in Richtung Autokratie gewertet, da sie Kontrollinstanzen über das Präsidialamt einschränkt bzw. abschafft (bspw. das Amtsenthebungsverfahren) und im Umkehrschluss diesem Amt mehr Kontrollmöglichkeiten gegenüber den anderen Gewalten einräumt. So kann der:die Präsident:in nun die Regierung sowie Richter:innen ernennen und absetzen oder das (zukünftig aus zwei Kammern bestehende) Parlament auflösen.

Im Bereich der Menschenrechte gibt es nach wie vor erhebliche Defizite. In Folge des von den USA ausgerufene „Krieges gegen den Terror“ hat sich die Menschenrechtssituation auch in Tunesien verschlechtert. Zwar hat sich die Lage nach den Umstürzen in Tunesien grundsätzlich gebessert und politische Häftlinge wurden im Nachgang entlassen, die ohnehin bereits stark eingeschränkten Meinungs- und Versammlungsfreiheiten wurden mit „Anti-Terror-Gesetzen“ und unter dem 2015 verhängten und mehrmals verlängerten Notstand allerdings weiter untergraben. Proteste wurden des Öfteren gewaltsam durch die staatlichen Sicherheitskräfte aufgelöst und Demonstrierende strafrechtlich verfolgt. Es gibt Berichte von teils tödlicher Polizeigewalt sowie Folter und Misshandlung in Haft. Die Lage der Rechte von Frauen hat sich in den letzten Jahren verbessert und die Repräsentation von Frauen in Wahlen ist deutlich angestiegen. Strukturelle Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen bleiben jedoch ein Problem in Tunesien. LGBTQIA+-Rechte sind diskriminierend und gleichgeschlechtliche Beziehungen werden rechtlich kriminalisiert.

Die innere Lage in Tunesien ist auch zehn Jahre nach dem sog. arabischen Frühling weiterhin stark angespannt. 2011 kam es zu massiven Protesten der Bevölkerung, die sich zunächst überwiegend gegen die hohe Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichen Problemen und die Perspektivlosigkeit unter den Jugendlichen richteten. Diese führten letztlich dazu, dass Präsident Ben Ali im Januar 2011 aus dem Land floh und damit eine Phase des politischen Übergangs einleitete: Im Januar 2014 wurde eine neue demokratische Verfassung verabschiedet, deren Errungenschaften mit der Verfassung aus 2022 jedoch teilweise wieder aufgeweicht werden.

Im Januar 2016 kam es erneut landesweit zu mehreren heftigen Protesten und teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen. 2021 kam es zudem zu einer erneuten tiefen politischen Krise, als es im Zuge von massiven Protesten zur vorübergehenden militärischen Blockade des Parlaments und zur Entlassung des Premierministers und Parlamentsvorsitzenden Hichem Mechichi durch den Präsidenten Kais Saied kam. Die Regierungsmehrheit wertete dies als Staatsstreich – ein großer Teil der Bevölkerung

befürwortete den Schritt Saieds jedoch. Hintergrund für die Proteste war abermals die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage sowie die enorm angespannte Pandemiesituation sowie Polizeigewalt. Hintergrund für die politische Reaktion Saieds soll aber auch der schwelende Konflikt zwischen diesem und der islamistischen Partei Ennahda sowie Hichem Mechichie gewesen sein. Zeitweise schien der gemeinsame Kurs der nationalen Einheit und des Dialogs der Großparteien daher gefährdet. Bis November 2021 hatte sich die Lage jedoch wieder entspannt. Die neue Verfassung wurde von mehr als 90 Prozent der Wahlberechtigten angenommen und führte zu keinen größeren Ausschreitungen. Die Wahlbeteiligung lag mit knapp über 30 Prozent jedoch nicht besonders hoch.

Trotz seiner verhältnismäßig geringen Größe spielt Tunesien eine beachtliche Rolle in der internationalen Politik. Die Beziehungen zu den meisten europäischen Staaten sowie den USA sind gut bis sehr gut und haben sich insbesondere nach der Verabschiedung der demokratischen Verfassung noch weiter verbessert. Innerhalb der arabischen Welt hat Tunesien in der Vergangenheit häufig die Rolle eines Vermittlers eingenommen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 positionierte sich Tunesien klar an der Seite der USA und betonte seine Zugehörigkeit zur Anti-Terror-Allianz. Es gibt keine offen ausgetragenen Konflikte in Tunesien. Die größte Bedrohung für den inneren Frieden geht zurzeit von einzelnen militanten islamistischen Gruppen aus, die von der Bevölkerung aber weitgehend isoliert sind. Im März und Juni 2015 kam es zu Terroranschlägen in Tunesien, woraufhin die tunesischen Sicherheitskräfte ihre Präsenz verstärkten. Der letzte Terroranschlag fand 2020 statt. Ein Bezug zu einer Terrororganisation bei dem Attentat auf die La-Ghriba-Synagoge im Mai 2023 konnte nicht festgestellt werden.

Es gibt in Tunesien zahlreiche Banden von Schleuser:innen, welche die illegale Migration über den Seeweg in häufig überfüllten und hochseeuntauglichen Schiffen nach Westeuropa organisieren. Tunesien ist ebenfalls ein wichtiges Transitland im internationalen Drogenhandel. Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt, problematischer ist der Schmuggel in das Land.

Die ökonomische Lage Tunesiens ist relativ prekär und die Wirtschaft gilt als nur mittelmäßig resilient und mittelmäßig wettbewerbsfähig. Als lower-middle income country (BNE pro Kopf von 3.840\$) zählt Tunesien dennoch zu den Ländern mit einer hohen menschlichen Entwicklung (HDI-Wert von 0,731). Eine hohe Schuldenquote, hohe Arbeitslosigkeit und eine drohende Zahlungsbilanzkrise belasten aber die angeschlagene Wirtschaft. Weitere soziale Stressoren wie eine hohe Einkommensungleichheit, hohe Emigrationszahlen oder ein rapides Bevölkerungswachstum bestehen allerdings nicht. Im Hinblick auf die SDGs konnte Tunesien einige wichtige Erfolge erzielen, hinkt aber bei rund 20 % der Ziele hinterher oder verschlechterte sich sogar. Rund 42 % der Ziele sind aber mindestens auf einem guten Weg zur Zielerreichung bis 2030. Die Militärausgaben von durchschnittlich 2,2 % am BIP sind im regionalen Vergleich nicht besonders hoch – dennoch weist Tunesien dem Verteidigungssektor im globalen Vergleich recht viele Ressourcen zu. Angesichts der Wirtschaftslage, insbesondere der hohen Schulden und möglicher drohender Zahlungsausfälle, kann die Gefahr einer beeinträchtigenden Wirkung von Rüstungskäufen nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2022 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für Bodenradarsysteme: 96,9%	0,01
2000	Patrouillenboote: 95,3%	0,64
2001	Sportpistolen und –Revolver: 55,5%; Herstellungsausrüstung für Handfeuerwaffen; Munition: 44%	0,03
2002	Kommunikationssysteme, Boden-Überwachungsradar, Teile für Kommunikationssysteme: 98,2%	9,16
2003	Kommunikationsausrüstung: 89,9%	0,24
2004	Kommunikationssysteme und Teile für Kommunikationsausrüstung: 88,4%	0,47
2005	Schnellboote und Teile für Schnellboote: 99,9%	33,0
2006	Teile für Freund-Feind- Kennungssystem und Kommunikationsausrüstung: 75,5%; Software für Interferometer Peilsystem: 12,5%	0,06
2007	Geländewagen mit Sonderschutz und Tarnleuchten: 99,9%	0,26
2008	Teile für Schnellboote: 86,6%	0,07
2009	LKW und Teile für Landfahrzeuge: 94,5%	3,12
2010	Teile für Hubschrauber: 85%	1,65
2011	LKW, Sattelzugmaschinen und Teile für Tarnbeleuchtung: 98,8%	3,96
2012	Teile für Hubschrauber: 73,7 % LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Patrouillenfahrzeuge: 26,3%	2,08
2013	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 97,9%	0,36
2014	Ballistische Schutzwesten: 77,1% Infrarot-Beobachtungsgeräte: 21,9%	8,08
2015	Teile für Hubschrauber: 52,1% Teile für gepanzerte Fahrzeuge und LKW: 17% Sicherheitsisolierverglas und Bombenschutzanzüge: 15,7%	2,11

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 66,3% Sicherheitsstahl, Sicherheitsisoliervlas und Helme: 16,9%	2,66
2017	LKW, Radlader und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 88%	58,24
2018	Teile für Hubschrauber: 76,6% Gepanzerte Radfahrzeuge und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, ballistischen Schutz: 22,6%	1,78
2019	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 90,9%	11,88
2020	LKW und ballistisches Glas für Geländewagen [Bank]: 98,7%	57,07
2021	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 78,1% Körperpanzer-Schutzplatten: 15,2%	2,70
2022	Teile für Flugabwehrradare: 64,6 % Teile für Kommunikationsausrüstung: 34,9 %	0,65

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2022, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2022

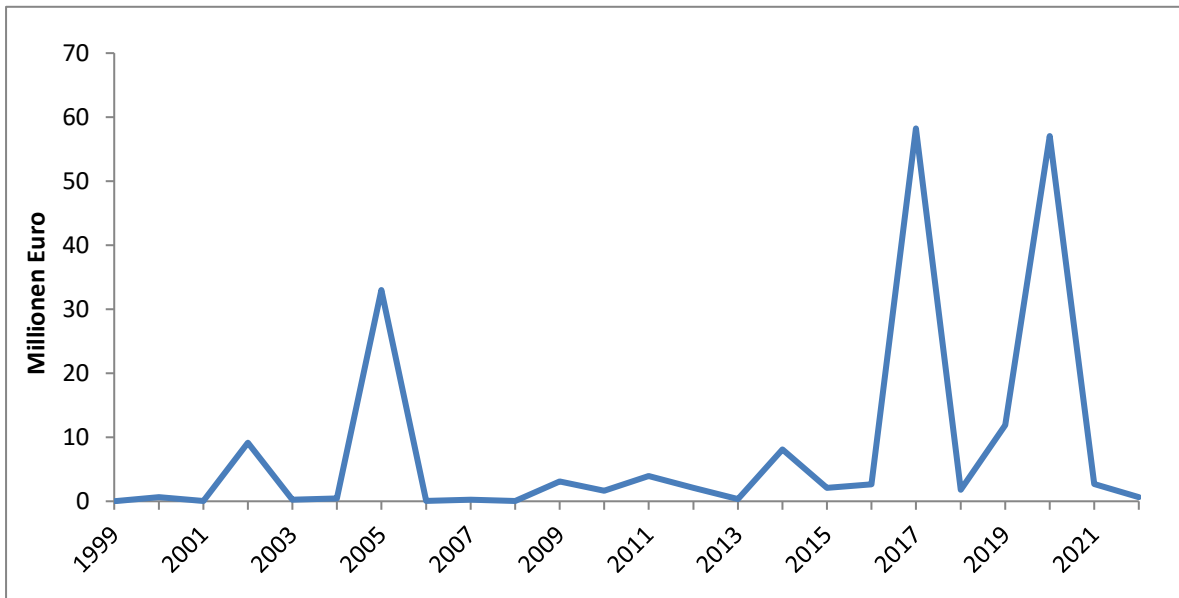


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Tunesien 2000-2022

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
6	Albatros/Type-143	Schnellboot	2004	2005	6	Gebraucht; Geschäft über 43 Mio. Euro; Type-143B Version
5	Spexer-2000	Bodenüberwachungsradar	2016	2017	5	Geschenk
10	Dingo-2	Gepanzerter Mannschaftstransporter	(2017)	2017	10	Gebraucht; Geschenk; Dingo-1 Version

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

2015, als zwei schwere Terroranschläge auf Tourist:innen Tunesien erschütterten, weitete Deutschland seine militärische Kooperation mit dem nordafrikanischen Land aus und sagte die Lieferung militärischer Ausrüstung für 1,2 Millionen Euro und eine verstärkte Ausbildung tunesischer Soldat:innen zu. Die tunesischen Streitkräfte erhalten nun zunächst ein schwimmendes Dock für die Reparatur von Booten, eine Barkasse für Patrouillen, fünf Kleinlastwagen sowie 3.000 Helme und 700 Doppelfernrohre. Gleichzeitig soll die militärische Kooperation zwischen den beiden Staaten ausgeweitet werden. So schult etwa die Bundeswehr Mechaniker:innen, die militärische Fahrzeuge aus deutschen Beständen reparieren sollen. Außerdem hat die Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten mehrere hundert tunesische Soldat:innen ausgebildet. Auch will Deutschland Tunesien dabei helfen, die 600 Kilometer lange Grenze zu Libyen zu sichern, um zu verhindern, dass islamistische Terrorist:innen und Waffen nach Tunesien gelangen.

2017 stiegen die deutschen Rüstungslieferungen nach Tunesien deutlich an. Dabei wurden insbesondere LKW, Radlader und Teile für gepanzerte Fahrzeuge geliefert. Neben fünf Spexer-2000 Bodenüberwachungsradaren lieferte Deutschland 2017 auch zehn gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Dingo-2. Bei beiden Exporten handelt es sich um Schenkungen der Bundesregierung. Im Jahr 2020 waren deutsche Rüstungsexporte nach Tunesien mit 57 Millionen Euro ähnlich hoch wie 2017.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Tunesien 2018-2022, Mio. TIV¹

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	181	15	15	23	8	241

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

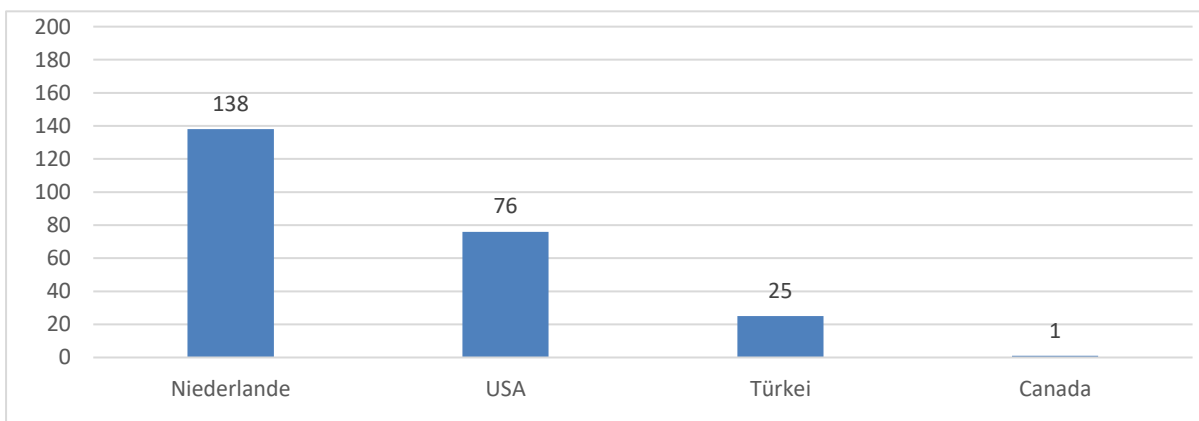
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Tunesien 2018-2022, Mio. TIV

Da Deutschland im Zeitraum von 2018 bis 2022 keine kompletten Großwaffensysteme nach Tunesien lieferte, finden sich keine entsprechenden Angaben in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2018-2022, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Juni 2023) nahm Tunesien zwischen 2018 bis 2022 die 64. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wichtigster Rüstungslieferant waren bisher die USA, gefolgt von den Niederlanden und mit einigem Abstand der Türkei – da die USA in den letzten zwei Jahren jedoch relativ wenig lieferte, rutschte sie in der aktuellen Fünfjahresperiode auf den zweiten Platz.

Im Jahr 2010 bestellte das Land zwei C-130J Transportflugzeuge in den USA, die bis Ende 2014 ausgeliefert wurden. Im September 2015 wurde zudem bekannt, dass Tunesien und die NATO in Zukunft in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung stärker zusammenarbeiten wollen. Auch die EU möchte bezüglich innerer Sicherheit und Terrorismusbekämpfung enger mit Tunesien kooperieren, weshalb 2015 vermehrt gemeinsame Projekte eingeleitet wurden und 2016 finanzielle Hilfe zur Verfügung gestellt wurde. Insgesamt wollen die USA ihre militärische Hilfe für das Land verdreifachen und stecken große Hoffnungen in Tunesien, das sich seit Beginn des „Arabischen Frühlings“ 2011 im Transformationsprozess befindet. Von den mehr als 130 Millionen Dollar (114,6 Mio. Euro), die die USA für 2016 beim Kongress für Tunis beantragt hat, flossen rund vier Fünftel in den Anti-Terror-Kampf des tunesischen Militärs. Grund dafür war die gewünschte stärkere Einbindung Tunesiens in den Kampf gegen den Terror. Tunesien soll zu einem bedeutenden Alliierten außerhalb der NATO werden. Zudem plant Tunesien eine Modernisierung der Luftwaffe mit Unterstützung der USA. 2016 exportierten die USA 12 leichte Flugzeuge (Typ MX-7) nach Tunesien. In den letzten fünf Jahren erhielt Tunesien außerdem 12 S-70/UH-60L Hubschrauber, drei leichte Bell-429 GlobalRanger Helikopter (für die Nationalgarde) sowie 24 gebrauchte Bell-206/OH-58D Kampfhubschrauber aus den USA, die zur Grenzsicherung und Terrorismusbekämpfung dienen sollen. Des Weiteren soll durch die Helikopter die Kompatibilität der tunesischen Streitkräfte mit denen der USA und anderen Partnern gesteigert werden. Im Zuge der Modernisierungsreformen der tunesischen Marine bestellte Tunesien 2015 unter anderem 65 Full Cabin Inboard Boote bei den USA, die bis Anfang 2016 ausgeliefert wurden. Seit 2017 wurden zudem 150 Panzerabwehrraketen (Hellfire) geliefert sowie 82 WGU-59-Raketen geordert, 124 Dieselmotoren (ISC, ISL und C280-12) für verschiedene Mannschaftstransporter und Patrouillenboote geliefert und 150 weitere ISC-Dieselmotoren bestellt. Außerdem stehen weiterhin Lieferungen über vier Cessna-208 Caravan-EX Flugzeuge zur Aufklärung und acht PC-9 Trainingsflugzeuge aus, die zwischen 2022 und 2023 erfolgen sollen. Seit 2015 wurden zudem 80 HMMWV-UA und neun Pitbull VX Mannschaftstransporter geliefert – alle als Schenkung.

Die Niederlande exportierten 2018 vier OPV-1400 Patrouillenboote nach Tunesien, die einer rumänischen Produktionslinie entstammen.

Aus der Türkei erhielt Tunesien 2014 bis 2016 100 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Kirpi und 2017 70 weitere vom Typ Ejder Yalcin. Jüngst hat Tunesien insgesamt 196 weitere gepanzerte Mannschaftstransporter der gleichen zwei Typen aus der Türkei geordert (46 hiervon wurden bereits geliefert) sowie neun des Typs Vuran erhalten. 2019 bestellte es ferner drei bewaffnete Anka-S Drohnen, welche 2021 geliefert wurden.

Aus Kanada erhielt Tunesien acht Flugzeugmotoren für die aus den USA gelieferten Trainingsflugzeuge (PC-9).

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

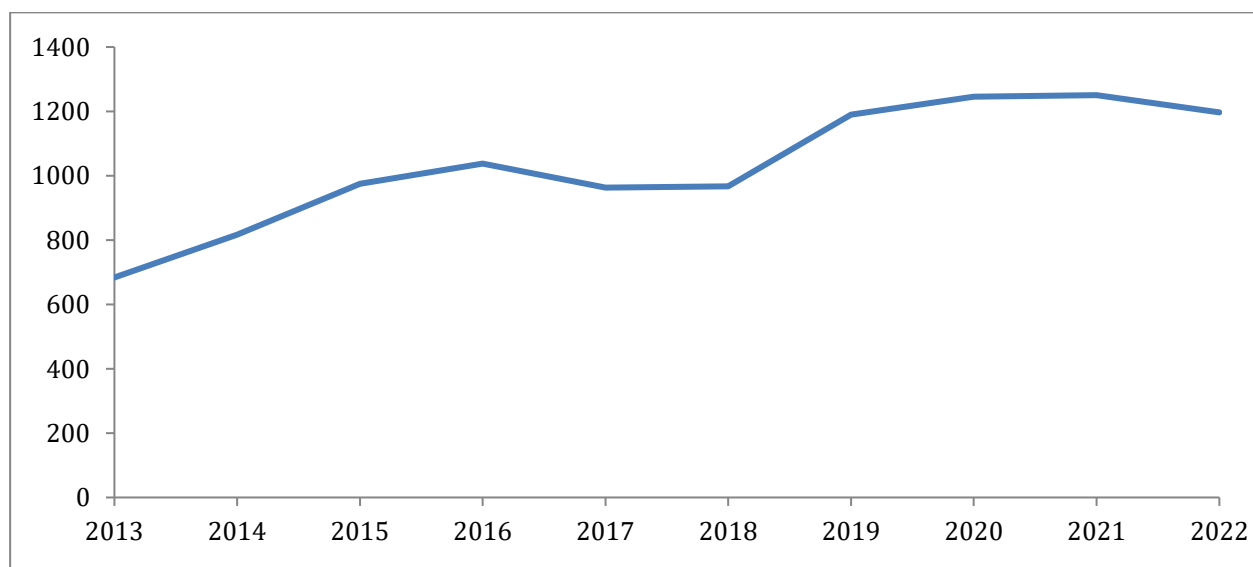
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	967	1190	1246	1250	1197
Anteil am BIP (in Prozent)	1,98	2,38	2,71	2,64	2,48
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	6,89	8,07	7,86	7,90	6,97

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2013 – 2022 in Mio. USD

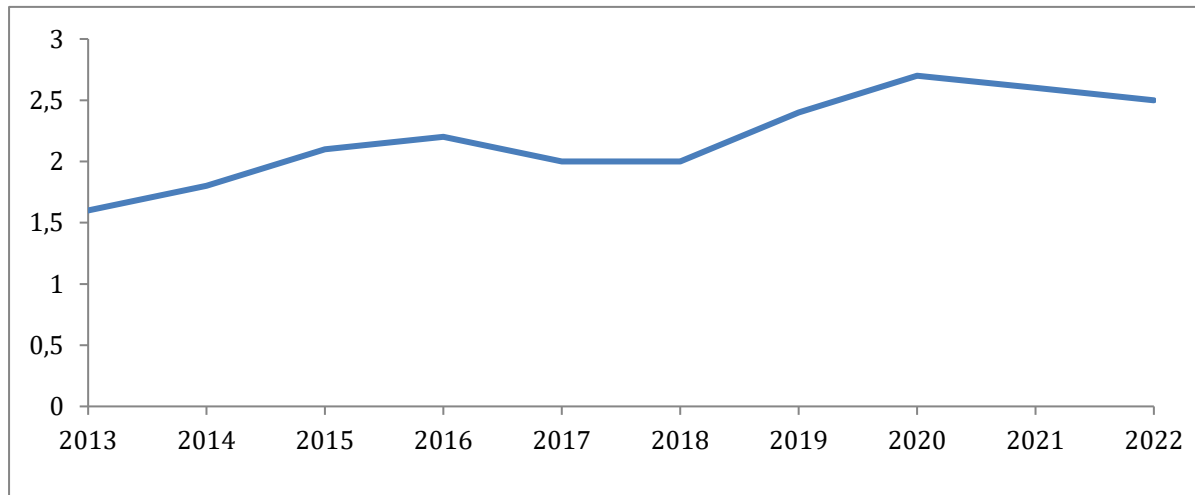


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2021.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2013 – 2022 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Insgesamt verfügt Tunesien über keine bedeutenden eigenen Rüstungsproduktionskapazitäten und ist somit auf Waffenlieferungen von anderen Ländern angewiesen. Nach der Unabhängigkeit des Landes von Frankreich (1956) waren zunächst die USA und Frankreich wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern. Mit Unterstützung von Südkorea stellt Tunesien aber kleinere Patrouillenboote in Lizenz her. Zudem werden Munition und vereinzelt auch Kleinwaffen produziert. Auch mit der Türkei wurde ein Kooperationsabkommen geschlossen, genaue Projekte sind bisher aber noch nicht bekannt geworden.

2022 verkündete der Verteidigungsminister Memmich auf einem militärwissenschaftlichen Symposium, die Entwicklung einer Verteidigungsindustrie solle zukünftig eine nationale Strategie darstellen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 12 Monate (selektiv)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

35.800 aktiv, davon:

Heer: 27.000

Marine: 4.800

Luftwaffe: 4.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 12.000, davon

Nationalgarde: 12.000

Quelle: IISS Military Balance 2023

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2014–2022

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	3,1	3,1	3,1	3	3	3	2,9	2,9	2,9

Quellen: IISS Military Balance, 2015-2023, World Bank

Kommentar

Die Anzahl der Soldat:innen und der schweren Waffensysteme ist um ein Vielfaches geringer als beispielsweise in Marokko und Algerien. Vornehmliche Aufgabe der tunesischen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden ist die Bekämpfung von militanten islamischen Fundamentalist:innen. Diese genießen zwar nur wenig Rückhalt in der von einer gemäßigten Auslegung des Islam geprägten Bevölkerung, können das Land aber über die offenen Grenzen der Sahara im Süden infiltrieren. Tunesien ist genau wie Algerien ein Verbündeter der Vereinigten Staaten im „Krieg gegen den Terror“. Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet. Viele sind allerdings inzwischen veraltet, eine (bescheidene) Modernisierung ist daher im Gange.

Die Ausbildung der tunesischen Streitkräfte wird zu großen Teilen auch durch ausländische Kooperationspartner übernommen. So schult etwa die Bundeswehr Mechaniker:innen, die militärische Fahrzeuge aus deutschen Beständen reparieren sollen. Außerdem hat die Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten mehrere hundert tunesische Soldat:innen ausgebildet. Auch Grenzschützer:innen und Polizist:innen erhalten seit einigen Jahren Training durch Deutschland. Seit den 1980er Jahren genossen im Rahmen des Programms „International Military Education and Training“ (IMET) rund 3.600 Offizier:innen eine Ausbildung in den Vereinigten Staaten. Die Ausbildung des Offizierskorps wird zu großen Teilen vom Pentagon übernommen. So haben beispielsweise alle Luftwaffenoffizier:innen in ihrer Ausbildung militärische Stationen in den Vereinigten Staaten durchlaufen. Im Jahr 2004 beteiligten sich 87 Militärangehörige an IMET-Trainingsmaßnahmen im Wert von 1,88 Millionen US-Dollar, vor allem im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Darüber hinaus gab es gemeinsame Militärübungen. Auch in Frankreich und Italien wurden immer wieder Offizier:innen ausgebildet. Vor den Protesten 2011 gingen viele tunesische Pilot:innen zudem nach Ägypten, um sich dort trainieren zu lassen.

Diese westliche Orientierung der Streitkräfte schlägt sich auch in militärischer Doktrin und Mentalität nieder. Seit 2015 gilt Tunesien als ein wichtiger Nicht-NATO-Verbündeter;

2020 wurde zudem erneut eine zehnjährige Militärkooperation mit den USA unterzeichnet, wodurch die Trainingskontingente und technische Unterstützung (after-sales support) erhöht werden sollen. Auch an Peacekeeping Missionen der UN beteiligen sich die Streitkräfte mit Personal und Gerät.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	84	
Leichte Panzer	48	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 480	
Aufklärer	60	
Bergepanzer	11	
Artillerie	276	
Panzerabwehr	35	Anzahl der Fahrzeuge; zusätzlich einige Panzerabwehrlenkwaffensysteme (<i>Milan</i> und TOW)
Luftabwehr	138	Zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme (RBS-70)

Quelle: IISS *Military Balance 2023*

Kommentar

Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet und sind die größte der drei Teilstreitkräfte. Dennoch bestehen sie nur aus rund 27.000 Personen (davon 22.000 wehrpflichtige) – deutlich zu wenig, um dauerhaft die Sicherheit und Stabilität des Landes sichern zu können, schätzen Expert:innen. Viele der benutzten Waffen sind zudem inzwischen veraltet, so zum Beispiel die 84 US-amerikanischen M-60 Panzer. Eine umfassende Modernisierung der Heeresausstattung ist derzeit nicht in Planung, stattdessen liegt der Fokus auf der Verbesserung der Marine, Luftwaffe und nachrichtendienstlicher Fähigkeiten. Wird dem Heer in den kommenden Jahren kein umfassendes Modernisierungsprogramm auferlegt, so Expert:innen, könnte Tunesien bald vor tiefgreifenden Sicherheitsbedrohungen stehen – insbesondere, da regionale Terrormilizen wie Al-Qaida oder auch der Islamische Staat (IS) kontinuierlich aufrüsten und sich mit modernen Waffensystemen versorgen.

Die US-Regierung verkündete daher Anfang 2015, die militärische Unterstützung für Tunesien zu verdoppeln, um Tunesien besser für den Kampf gegen Terrorismus auszurüsten. Aus demselben Grund lieferte China 2015 zudem modernes militärisches

Equipment, darunter Waffen, Munition und kugelsichere Westen. Darüber hinaus sicherte die deutsche Bundeswehr nach den Terroranschlägen 2015 militärische Unterstützung zu und lieferte fünf Kleinlastwagen sowie 3.000 Helme und 700 Doppelfernrohre an das tunesische Heer.

Im Februar 2016 kündigte Großbritannien Unterstützung bei der Ausbildung tunesischer Soldat:innen an. Ein Trainingsteam von 20 Personen reiste dazu nach Tunesien und bildete insbesondere Streitkräfte aus, die sich anschließend mit dem Kampf gegen illegale Grenzübertritte aus und nach Libyen befassen sollten. 2023 wurde durch die EU ein Hilfspaket über 900 Millionen Euro in Aussicht gestellt, von dem rund 100 Millionen in die Migrationskontrolle bzw. das Grenzmanagement fließen sollen.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	37	
Logistik und Unterstützung	7	

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Obwohl sich die Küste Tunesiens über etwa 1.000 Kilometer ausdehnt, verfügt die Marine über vergleichsweise geringe Kapazitäten. Bei der Ausstattung handelt es sich um meist kleinere Schnellboote der französischen Combattante-Klasse. 2005 stockte das tunesische Verteidigungsministerium seine Marine um sechs ältere Schnellboote der Albatros-Klasse aus deutscher Produktion auf, die seitdem als Patrouillenboote mit vielfältigen Einsatzmöglichkeiten eingesetzt werden und die Anzahl der genutzten Patrouillenboote in Tunesien auf 35 erhöhten. Mit Hilfe Südkoreas wurden zudem zahlreiche Patrouillenboote unter Lizenz in Tunesien produziert. Künftig soll die Marine stärker aufgerüstet und modernisiert werden. Im Zuge dieser Reform bestellte Tunesien 2015 unter anderem vier Patrouillenboote bei dem US-Hersteller SAFE Boats International. Diese ergänzen eine Flotte von über 20 älteren SAFE-Booten.

Die Marine wird von der 12.000 Personen starken Nationalgarde unterstützt, deren Küstenwache u.a. mit 24 Küstenpatrouillenbooten – teilweise aus der ehemaligen DDR (Kondor- und Bremse-Klasse) – sowie drei Transport- und acht Mehrzweckhelikoptern ausgestattet ist und maßgeblich für die Sicherheit von Tourist:innen in tunesischen Ferienorten zuständig ist. Da sie zudem für die Sicherung von Tunesiens Küsten im Zuge der anhaltenden Fluchtbewegungen zuständig ist, schenkte das italienische Innenministerium im Frühjahr 2015 der tunesischen Küstenwache mehrere Patrouillenboote, die die tunesische Marine bei der Rettung von Geflüchteten unterstützen sollen.

Darüber hinaus sicherte die deutsche Bundeswehr nach den Terroranschlägen 2015 militärische Unterstützung zu und stellte der tunesischen Marine ein schwimmendes Dock für die Reparatur von Booten sowie eine Barkasse für Patrouillen. Auch die USA

unterstützt den Ausbau der Fähigkeiten zum Beispiel, indem sie 2017 13 Küstenradarstellungen mit neuen Küstenradaren ausstattete.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	11	
Kampfflugzeuge	3	
Aufklärungsflugzeuge	12	
Ausbildungsflugzeuge	32	Davon 9 L-59 Albatros kampffähig
Transportflugzeuge	18	
Mehrzweckhubschrauber	34	
Such- und Rettungshubschrauber	11	
Transporthubschrauber	39	
Raketen	Einige	AIM-9P Sidewinder; AGM-114R Hellfire

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Mit nur 4.000 Mitgliedern ist die tunesische Luftwaffe ausgesprochen klein, vor allem im Gegensatz zu seinen Nachbarn Marokko, Algerien und Libyen. Auch die Ausstattung dieser Teilstreitkraft ist limitiert: So besitzt die Luftwaffe etwa 14 Kampfflugzeuge der Marken F-5E/F und MB-326K. Im Jahr 2007 gab es Modernisierungsbemühungen mit Unterstützung der Tschechischen Republik zur Generalüberholung der L-59 Flugzeuge, die ebenfalls aus tschechischer Produktion stammen, von denen allerdings mittlerweile nur noch neun kampffähig sind. Die tunesische Luftwaffe ist weiterhin dringend modernisierungsbedürftig. Ziel ist es auch, die Such- und Rettungsfähigkeiten der Luftwaffe zu verbessern und sie für humanitäre Einsätze besser auszurüsten. Dazu wurden seit 2011 mehrere Rüstungslieferungen entgegengenommen, darunter unter anderem zwei C-130J Transportflugzeuge, die 2010 bei den USA bestellt und bis Ende 2014 ausgeliefert wurden. In den letzten fünf Jahren erhielt Tunesien außerdem von den USA 12 S-70/UH-60L Hubschrauber, drei leichte Bell-429 GlobalRanger Helikopter sowie 24 gebrauchte Bell-206/OH-58D Mehrzweck- bzw. Kampfhubschrauber aus den USA, die zur Grenzsicherung und Terrorismusbekämpfung dienen sollen. Die mit diesen Lieferungen einhergehende Modernisierung zielt auch darauf ab, die Kompatibilität der tunesischen Streitkräfte mit denen der USA und anderer Partner zu steigern. Anfang 2017 wurde bekannt, dass die USA verstärkte Trainingsmaßnahmen für die tunesische Luftwaffe plant, insbesondere

zwecks Sicherung der östlichen Grenze. Vor dem „Arabischen Frühling“ von 2011, wurden einige tunesische Pilot:innen auch in Ägypten ausgebildet.

Box 2

Paramilitärische Einheiten

Nationalgarde:

24 Patrouillenboote

8 Mehrzweckhubschrauber

3 Transporthubschrauber

Mehr als 29 gepanzerte Mannschaftstransporter

2 Aufklärer

Einige Mehrzweckfahrzeuge

Quelle: IISS Military Balance 2023

Box 3

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 10 Soldat:innen

Mali (MINUSMA): 88 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 2 Soldat:innen

Sudan (UNISFA): 2 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 324 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2023

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Seit den Protesten des „Arabischen Frühlings“ 2011 hat sich die Rolle des Militärs in Tunesien maßgeblich verändert. Zuvor war der Einfluss der Streitkräfte auf die Landespolitik recht gering im Vergleich zu Algerien oder Ägypten. So kam eine Verbindung des Militärs mit dem politischen System und die politische Einmischung der Offizier:innen zwar vor, jedoch weniger regelmäßig und in geringerem Ausmaß als etwa in Algerien, obwohl der ehemalige Präsident Tunesiens Zine el-Abidine Ben Ali ursprünglich als General und Geheimdienstchef beim Militär Karriere machte. Zwar nutzte auch Ben Ali das Militär als Stütze seiner Herrschaft, dennoch sorgte er dafür, dass das Militär nicht unverhältnismäßig anwuchs, wie in anderen Staaten der Region. Daher verwendet er Ressourcen eher für die Stärkung der zivilen Sicherheitsstreitkräfte als zum Verteidigungsministerium und reduzierte die Truppenstärke auf rund 40.000 Personen. Durch diese Reduktion und die ständige Kontrolle sollte sichergestellt werden, dass er in seiner Herrschaft nicht durch das Militär bedroht wird. Letztlich hat jedoch die geringe wirtschaftliche und finanzielle Ausstattung der Offizier:innen auch dazu geführt, dass sich diese gegen das Regime Ben Ali gestellt haben. So verweigerten sie seinen „Eindämmungsbefehl“, als Ben Ali sie 2011 nach wochenlangen Unruhen aufmarschieren ließ, und ließen stattdessen die

Bevölkerung spüren, dass sie auf ihrer Seite waren. Infolgedessen übernahm das Militär sukzessive eine stabilisierende Rolle in Sachen innerer Sicherheit, hielt sich dabei jedoch dem politischen Prozess heraus. Dadurch trug es maßgeblich zur demokratischen Transformation des Landes bei. Generell hatte das Militär eine gute Beziehung zur Bevölkerung, was unter anderem auch daran liegt, dass alltägliche Repressionen zur Machtsicherung von paramilitärischen Einheiten des Innenministeriums ausgeführt wurden. So geben nach Daten des [World Value Survey](#) auch in der Befragungsrunde 2017 – 2022 rund 72 Prozent der Befragten an, etwas (34,4 %) oder sehr viel Vertrauen (37,7 %) in die Streitkräfte zu haben.

Nach der Revolution von 2011 und den politischen Umbrüchen, hielt sich das Militär zunächst weiterhin aus politischen Prozessen fern, versuchte aber zunehmend, die innere Sicherheit des Landes zu stärken, was ihm jedoch aufgrund mangelnder Ausbildung und fehlender Ressourcen nur mäßig gelang. Zudem litt darunter die eigentliche Aufgabe des Militärs, die Grenzen – beispielsweise zu Libyen – zu sichern und Waffenschmuggel aus dem instabilen Nachbarland zu unterbinden. Bis heute mangelt es den tunesischen Streitkräften an Ausrüstung, Finanzen und Personal, um alle Aufgaben zur Zufriedenstellung erfüllen zu können. Gleichzeitig sind die Aufgaben zwischen den Sicherheitskräften und dem Militär nicht hinreichend getrennt, was zur Folge hat, dass die Streitkräfte zunehmend Aufgaben übernehmen, die eigentlich der Polizei zuzuschreiben wären. Dieser Trend nimmt allerdings in letzten Jahren wieder ab.

Wie auch in anderen Maghreb-Ländern besteht die vorrangige Aufgabe der tunesischen Streitkräfte bis heute weniger in der Bekämpfung oder Abschreckung äußerer Bedrohungen als in der Verfolgung vereinzelter islamistischer Gruppen im Inneren. Islamischer Fundamentalismus ist in Tunesien nicht so weit verbreitet, sodass die Bevölkerung im Großen und Ganzen die militärische Bekämpfung mutmaßlicher Terrorist:innen unterstützt. Einschränkend muss aber auch angeführt werden, dass sich auch viele Tunesier:innen dem IS angeschlossen haben: rund 2.900 in Syrien und im Irak und bis zu 1.000 in Libyen. Rund 27.000 sollen eine Ausreise versucht haben. Die zum Zweck der Bekämpfung von der Regierung erlassenen „Anti-Terror-Gesetze“ gefährdeten allerdings laut Amnesty International zunehmend grundlegende Menschenrechte.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Die tunesische Nationalpolizei (SN) untersteht dem Innenministerium und ist für die Strafverfolgung sowie die Aufrechterhaltung der internen Sicherheit und Ordnung zuständig. Innerhalb der Polizei gibt es verschiedene Einheiten, darunter die Verkehrspolizei (Police Routière) sowie eine Eingreiftruppe (Unités d'Intervention), die für die Eindämmung von Ausschreitungen und Straßenkämpfen zuständig ist. Darüber hinaus befinden sich unter der Kontrolle des Innenministeriums die Justizbeamten (Gefängniswärter:innen), eine spezielle Einheit zum Schutze des:der Präsident:in und anderen politischen Persönlichkeiten (Direction Générale de la Sécurité du Chef de l'Etat et des Personnalités Officielles) sowie eine Geheimdiensteinheit (Direction Générale des Services Spéciaux).

Lange Zeit gab es keine klare Trennung der Aufgaben der Sicherheitskräfte und des Militärs, da letzteres teilweise auch Aufgaben der Polizei übernommen hat. Mittlerweile ist das Militär eher für den Kampf gegen Terrorismus zuständig und beide Kräfte arbeiten stärker zusammen, wie beispielsweise Anfang März 2016, als islamistische Kämpfer:innen die Stadt Ben Guerdan an der libyschen Grenze stürmten und gleichermaßen Armee- und Polizeiposten angriffen. Die Polizeikräfte in Tunesien erhalten seit 2015 Unterstützung durch die deutsche Bundespolizei, die in Tunis ein permanentes Büro eröffnet hat. Die Zusammenarbeit soll vor allem die tunesische Grenzpolizei bei der Grenzsicherung zu Algerien und Libyen und die Nationalgarde bei der Wahrung der maritimen Sicherheit unterstützen.

Die Polizei genießt ein geringeres Vertrauen als die Streitkräfte – nur 46,2 Prozent geben in einer Befragung des [World Value Survey](#) an, etwas (32,2 %) oder viel Vertrauen (14 %) in die Polizei zu haben.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Tunesien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, mit Ausnahme des Internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) von 2014. Das Land besitzt keine Massenvernichtungswaffen und hat allen Berichten zufolge auch nie versucht, in den Besitz solcher Waffen zu gelangen. Dem Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Pelindaba Vertrag), der 2009 in Kraft getreten ist, ist Tunesien beigetreten. Anti-Personenminen wurden von Tunesien nach eigenen Angaben zuletzt 1980 eingesetzt. Dem [Landmine Monitor 2022](#) zufolge besitzt das Land noch 4.341 Anti-Personenminen.

Derzeit sind keine Sanktionen der EU und der Vereinten Nationen gegen Tunesien verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2022**

According to the 2022 constitution, Tunisia is a presidential republic with a bicameral parliament, but most powers are concentrated in the presidency. International and domestic observers assessed that December parliamentary elections were well-administered technically but lacked legitimacy and fell short of international standards. The elections were marred by low turnout (approximately 11 percent), and the introduction in September of an electoral law that eliminated quotas for women and youth, resulting in lower women's representation. President Saied was elected in 2019 in the country's second democratic presidential election, and official election observers generally agreed the 2019 election had no widespread fraud, violence, or attempts to undermine the credibility of the results.

The Ministry of Interior is responsible for law enforcement. The ministry oversees the National Police, which has primary responsibility for law enforcement in the major cities, and the National Guard, which oversees border security and patrols smaller towns and rural areas. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. There were reports security forces committed some abuses. Military courts, with civilian judges nominated by the president and approved by the Military Judicial Council, have authority to try cases involving only military personnel and civilians accused of national security crimes or crimes involving members of the security or armed forces, including "insulting" the armed forces or the president (given his role as commander-in-chief).

On February 10, President Saied dissolved the Supreme Judicial Council, which had been in charge of nationwide judicial appointments and discipline. He replaced it with a provisional council. On March 30, the president formally dissolved the already "suspended" parliament after 116 members held a "virtual plenary" and voted to annul all decree laws issued by the president since he suspended the constitution in July 2021. In a July 25 referendum, 94.6 percent of voters approved a new constitution, much of which the president personally drafted. The constitution concentrates powers in the presidency, removes checks and balances on the executive, weakens the parliament, and gives the president enhanced authorities over the judiciary and the legislature. While the constitution contains provisions like the 2014 constitution enshrining fundamental freedoms and human rights, problematic developments called into question the government's commitment to those rights, particularly related to freedom of expression and media. Most political parties boycotted the referendum and turnout was approximately 30 percent, significantly lower than in prior elections.

Significant human rights issues included credible reports of: torture by government agents; arbitrary arrests or detentions; serious problems with the independence of the judiciary; serious restrictions on freedom of expression and media, including arrests or prosecutions of journalists, censorship, or enforcement of or threat to enforce criminal libel laws to limit expression; government corruption; discrimination and societal abuses; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, and intersex persons; laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct between adults and the enforcement of those laws; and the worst forms of child labor. The government took steps to investigate officials who allegedly committed abuses, but investigations into abuses by police, security forces, and detention center officials lacked transparency and frequently encountered long delays and procedural obstacles. High-profile investigations into former government officials, members of parliament, and businesspersons on corruption charges also lacked transparency.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2022
<https://www.state.gov/reports/2022-country-reports-on-human-rights-practices/tunisia>

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2022/2023

President Kais Saïed continued efforts to concentrate power in his hands following his power grab in 2021. He also issued decree-laws to dismantle key institutional safeguards for human rights, notably attacking judicial independence and the right to freedom of expression. Authorities used unlawful force to disperse protesters, and targeted high-profile critics and perceived enemies of the president with prosecutions and arbitrary detentions. The right to freedom of association was threatened. A decree-law to amend the electoral law undid legislative measures to promote women's participation in parliament. Tunisia continued to penalize consensual same-sex relations between adults.

Quelle: Amnesty International Report 2022/2023
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/5670/2023/en/>

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2023

Bewertung für Tunesien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 36/60

Politische Rechte: 20/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (56/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2023

After the ouster of a longtime autocrat in 2011, Tunisia held a series of free multiparty elections, and citizens enjoyed considerable political rights and civil liberties under a constitution promulgated in

2014. However, endemic corruption, economic challenges, security threats, and unresolved problems related to gender equality and transitional justice remained obstacles to full democratic consolidation. In 2021, President Kais Saïed took a number of emergency measures aimed at transforming the political system and expanding his own executive power. Having unilaterally replaced the prime minister and suspended the parliament, in 2022 Saïed formally dissolved the old legislature, issued a new constitution and electoral law, and continued campaigns of legal harassment against his political opponents.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/tunisia/freedom-world/2023>

Kommentar

Tunesien ist allen wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten und in der Verfassung von 2014 sind die Menschenrechte sowie die Unabhängigkeit der Justiz garantiert. Trotzdem gibt es im Bereich der Menschenrechte erhebliche Defizite. In Folge des von den Vereinigten Staaten geführten „Krieg gegen den Terror“ hat sich die Menschenrechtssituation in Tunesien verschlechtert. Politische Freiheiten sind äußerst begrenzt. Zwar hat sich die Lage nach den Umstürzen in Tunesien grundsätzlich gebessert und politische Häftlinge wurden im Nachgang entlassen, die ohnehin bereits stark eingeschränkten Meinungs- und Versammlungsfreiheiten wurden mit „Anti-Terror-Gesetzen“ und dem seit 2015 verhängten und regelmäßig verlängerten Notstand allerdings weiter untergraben. Zwar gelten grundsätzlich verfassungsrechtliche Garantien für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die staatlich seit dem Ende des Regimes von Ben Ali durchaus stärker geachtet wurden – Proteste, die sich insbesondere wegen des Mangels beruflicher Möglichkeiten und hoher Arbeitslosigkeit, schlechter Lebensbedingungen oder Wasserknappheit formierten, wurden jedoch des Öfteren gewaltsam durch die staatlichen Sicherheitskräfte aufgelöst und Demonstrant:innen strafrechtlich verfolgt. „Reporter ohne Grenzen“ zufolge wurden Journalist:innen, insbesondere im Zuge von Protesten, Opfer polizeilicher Schikane. Blogger:innen und Nutzer:innen Sozialer Medien wurden ebenfalls für Meinungsäußerungen strafrechtlich belangt. Es gibt Berichte von teils tödlicher Polizeigewalt und Folter und Misshandlung in Haft. Im März 2019 hat die „Kommission für Wahrheit und Würde“ (Instance Vérité et Dignité, IVD), die zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen und Korruption eingesetzt wurde, einen 2.000 Seiten umfassenden Bericht zu Menschenrechtsverletzungen durch tunesische Sicherheitskräfte zwischen 1955 und 2013 veröffentlicht. Es gibt Berichte, dass die IVD in ihrer Arbeit von staatlichen Akteuren behindert wurde und Reformvorschläge der IVD sind bisher nicht implementiert worden.

Die Lage der Rechte von Frauen hat sich in den letzten Jahren verbessert und die Repräsentation von Frauen in Wahlen ist deutlich angestiegen. Strukturelle Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen bleiben jedoch Probleme in Tunesien. Im Zuge dessen hat die Regierung einen Beschwerdemechanismus für Opfer häuslicher Gewalt eingerichtet, der bereits zehntausende Fälle dokumentiert hat. LGBTQIA+-Rechte sind nach wie vor diskriminierend und gleichgeschlechtliche Beziehungen werden rechtlich kriminalisiert.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Three rounds of free and fair national elections, and a smooth unscheduled presidential transition have proved the resilience of Tunisian constitutionalism. Elections were scheduled for 2019, as both presidential and legislative terms came to an end that year. Yet the unexpected death while in office of President Beji Caid Essebsi required delicate inter-institutional cooperation as the Constitutional Court – responsible for declaring the office of the presidency vacant – is yet to be established. Pragmatically, Tunisia’s elites agreed that the transitional constitutional authority was competent. The electoral results reflected a deep dissatisfaction among voters, as newcomers and independents outperformed many established politicians. Constitutional law professor Kais Saied was elected president in a run-off against populist media mogul Nabil Karoui, who spent much of the campaign in pre-trial detention on money-laundering charges. In the parliament, the moderate Islamist party Ennahda secured a slim plurality, despite a continuous decline in its vote share since 2011. The fragmentation of the political scene has made coalition-building challenging. The resulting instability is reflected in the fact that the last two years alone have seen three different prime ministers: Youssef Chahed (August 27, 2016 – February 27, 2020), Elyes Fakhfakh (February 27, 2020 – September 2, 2020) and Hichem Mechichi (since September 2, 2020). Amid increasing polarization, tensions are high both within the parliament, and between the legislative and executive institutions of the state. All this makes long-term planning extremely difficult.

In a landmark event, the publication of the final report of the Truth and Dignity Commission (l’Instance Vérité et Dignité, IVD) ended the work of this element of transitional justice in June 2020. The commission’s mandate was to ensure that perpetrators of past human rights violations and economic crimes were held to account. However, in the course of its work, the commission encountered considerable resistance and received limited political support. This indicates that it is unlikely that the commission’s structural reform recommendations will be heeded any time soon.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2022)

Im Jahresbericht 2022 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte Tunesien 40 von 100 möglichen Punkten (2021: 44 Punkte). Damit erreichte es genauso viele Punkte wie Guyana, Indien, die Malediven, Nord-Mazedonien oder Suriname. Deutschland erreichte 79 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2022>

Spannungen und innere Konflikte

Nach dem Sturz des Diktators Ben Ali begann die demokratische Transition des Landes im Zuge derer die Übergangsregierung aus ehemaligen Regierungsmitgliedern und Regimegegner:innen demokratische Wahlen vorbereitete. Im Januar 2014 wurde dann eine neue Verfassung verabschiedet. Im Januar 2016 kam es jedoch erneut landesweit zu Protesten und teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen. Diese sozialen Unruhen galten

lange als die heftigsten innerhalb Tunesiens, seit Ausbruch der arabischen Aufstände. Die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte wirtschaftliche Lage waren Hauptgründe für die gesellschaftlichen Proteste. Infolgedessen verhängte die tunesische Regierung eine zeitweise Ausgangssperre. Der ehemalige Präsident Essebsi versprach ein Regierungsprogramm zur Reduzierung der Erwerbslosigkeit. Des Weiteren geht eine geringe Bedrohung für den inneren Frieden derzeit von einzelnen islamistischen Terroristengruppen aus, die von der Bevölkerung aber weitgehend isoliert sind. Zwei Terroranschläge auf touristische Ziele im März und Juni 2015 mit zahlreichen Todesopfern verschärfen die Sicherheitslage und führten zu einem dramatischen Einbruch der Zahlen von Tourist:innen. Am 4. Juli 2015 wurde daraufhin erneut der Ausnahmezustand verhängt, der seither fortbesteht. Seither kam es zu weiteren terroristischen Anschlägen mit zahlreichen Todesopfern, so bspw. im Juni 2019 nahe der französischen Botschaft in Tunis und im März 2020 in der Nähe der US-amerikanischen Botschaft in Tunis. Im Mai 2023 kam auf der Insel Djerba es zu einem Anschlag auf eine jüdische Synagoge, bei der mehrere Menschen erschossen wurden.

Die innere Lage in Tunesien hatte sich nach den Umstürzen im Frühjahr 2011 wieder einigermaßen beruhigt. Die jüngsten Ereignisse, vor allem seit dem Juli 2021, stellten jedoch eine erneute sehr tiefe Krise dar und die politische Praxis zeitweise auf den Kopf. Auch schien es zeitweise, als wäre der gemeinsame Kurs der nationalen Einheit und des Dialogs der Großparteien gefährdet. Nachdem Präsident Kais Saied den Premierminister und Parlamentsvorsitzenden Hichem Mechichi entließ, das Parlament vorübergehend auflöste und eine nächtliche Ausgangssperre verhängte, umstellte auch das Militär zeitweise das Parlamentsgebäude und weitere Regierungseinrichtungen und blockierte deren Arbeit. Auslöser waren dem Präsidenten zufolge die pandemische und wirtschaftliche Notlage sowie ausufernde Massenproteste gegen die ineffektive Regierung. Die Regierungsmehrheit wertete dies als Staatsstreich unter Ausnutzung eines Verfassungsartikels – ein großer Teil der Bevölkerung befürwortete den Schritt Saieds jedoch, welche eine Absetzung von Regierung und Parlament forderten. Im August 2022 wurde eine umstrittene neue Verfassung verabschiedet, die die politische Macht Saieds enorm erweitert und weitreichende Änderungen des politischen Systems einführt. Mehr als 90 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für die neue Verfassung (auch wenn die Beteiligung mit 30,5 Prozent gering war). Diese betont zudem anstelle des weltlichen Staatscharakters die Ziele des Islams und wird von Kritiker:innen als Schritt in Richtung Autokratie gewertet, da sie Kontrollinstanzen über das Präsidialamt einschränkt bzw. abschafft (bspw. das Amtsenthebungsverfahren) und im Umkehrschluss diesem Amt mehr Kontrollmöglichkeiten gegenüber den anderen Gewalten einräumt. So kann der:die Präsident:in nun die Regierung sowie Richter:innen ernennen und absetzen oder das (zukünftig aus zwei Kammern bestehende) Parlament auflösen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Mit 155.360 km² ist Tunesien das kleinste nordafrikanische Land. Es grenzt im Westen an Algerien, im Südosten an Libyen und im Norden und Nordosten an das Mittelmeer.

Politische Situation in der Region

Tunesien pflegt gute Beziehungen zu den anderen arabischen Staaten und spielt eine aktive Rolle in innerarabischen Angelegenheiten. Besonders intensiv ist die Kontaktpflege zu den beiden unmittelbaren Nachbarn Algerien und Libyen. Mit Libyen ist Tunesien seit der Aufnahme von zehntausenden libyschen Geflüchteten durch tunesische Familien während des libyschen Bürgerkrieges 2011 und in Folge der erneuten Auseinandersetzungen seit Mitte 2014 besonders eng verbunden. Die Fluchtbewegung ausgehend von Libyen in Folge des andauernden Bürgerkrieges stellt für die Region insgesamt eine Herausforderung dar. In der Zusammenarbeit mit dem westlichen Nachbarn Algerien dominieren die wirtschaftlichen Beziehungen und die Sicherheitskooperation. Die Beziehungen zu Marokko sind gut, der Austausch von Besucher:innen auf hoher Ebene ist intensiv. Von 1979 bis 1990 war Tunis Sitz der Arabischen Liga. Insgesamt ist ein politischer Umbruchsprozess in der gesamten Region im Gange. Der „arabische Frühling“ hat alte Regime zum Einsturz gebracht (Ägypten) und Konflikte entfacht (Libyen) und langfristige Folgen dieser Umbrüche sind nach wie vor unklar. Zu Syrien blieb Tunesien lange Zeit auf Distanz, nachdem es als erstes Land im Februar 2012 die Beziehungen zur Assad-Regierung abgebrochen hat. Seit 2023 werden jedoch wieder diplomatische Beziehungen zu Syrien initiiert. Militärische Interventionen in den Gewaltkonflikten der Region werden jedoch entschieden abgelehnt.

Grenzkonflikte

Tunesien hat derzeit keine offiziellen Grenzkonflikte mit seinen Nachbarländern, auch wenn es vereinzelt zu grenzüberschreitenden Vorfällen kommt. So etwa im Jahr 2016, als in Ben Gardane, nahe der libyschen Grenze, bei Gefechten zwischen tunesischen Sicherheitskräften und mutmaßlichen IS-Kämpfer:innen zu 45 Toten kam. Tunesien baute aufgrund des grenzüberschreitenden Terrorismus einen 200 Kilometer langen Grenzzaun an der libyschen Grenze.

Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt kaum Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle. Tunesien hat ausschließlich die Bamako Declaration on an African Common Position on the Illicit Proliferation, Circulation and Trafficking of Small Arms and Light Weapons unterzeichnet, welche die Kontrolle von Klein- und leichten Waffen innerhalb der Afrikanischen Union verbessern soll.

Obwohl Tunesien das militärisch schwächste Land unter den nordafrikanischen Mittelmeer-Anrainern ist, wird es von keinem seiner Nachbarn direkt bedroht.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Tunesien sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert.

Im Nachbarstaat Libyen sind jedoch 400 italienische Soldat:innen im Rahmen der MI-ASIT und etwa 500 türkische Soldat:innen stationiert. Auch stellen die Vereinigten

Staaten sowie Großbritannien jeweils eine Person für die United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) bereit.

Im Rahmen der „Trans Saharan Counterterrorism Initiative (TSCTI)“ sind jedoch US-amerikanische Spezialeinheiten im weiteren nordafrikanischen Raum, also auch in Tunesien stationiert, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden. Mit Tunesien wurden in der Vergangenheit einige gemeinsame Militärübungen durchgeführt.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Trotz seiner verhältnismäßig geringen Größe spielt Tunesien eine beachtliche Rolle in der internationalen Politik. Die Beziehungen zu den meisten europäischen Staaten sowie zu den USA sind gut bis sehr gut. Innerhalb der arabischen Welt hat Tunesien in der Vergangenheit häufig die Rolle eines Vermittlers eingenommen. Zwischen 1979 und 1990 hatte die Arabische Liga ihren Sitz in Tunis, da Ägypten wegen seines Friedensvertrages mit Israel ausgeschlossen war. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 positionierte sich Tunesien klar an der Seite der USA und betonte seine Zugehörigkeit zur Anti-Terror-Allianz. Doch bereits vor den Anschlägen des 11. September 2001 pflegte Tunesien eine enge militärische Kooperation mit US-Streitkräften. So ist das tunesische Verteidigungsministerium ein aktiver Teilnehmer am „International Military Education and Training“ (IMET) Programm des Pentagon.

Der internationale Terrorismus wird in Tunesien hart bekämpft. Im Januar 2003 verurteilte ein tunesisches Militärgericht 34 militante Islamist:innen wegen mutmaßlicher Kontakte zum al-Qaida-Netzwerk zu bis zu 20 Jahren Gefängnisstrafe. Im Januar 2016

konnte durch die tunesischen Sicherheitskräfte eine groß angelegte Anschlagsserie vereitelt und mehr als 30 Terrorverdächtige festgenommen werden. Die Extremist:innen hätten Anschläge auf militärische und zivile Einrichtungen geplant. Bei den Festgenommenen soll es sich um Anhänger:innen der Ukba-ibn-Nafi Brigade handeln, die dem Islamischen Staat (IS) die Treue geschworen hatte. Nach Angaben der tunesischen Sicherheitsbehörden wurden alleine 2016 über 160 Terrorzellen aufgedeckt und zerschlagen. Insbesondere durch den IS geht eine Bedrohung aus. Bereits im März und Juni 2015 kam es zu Terroranschlägen in Tunesien, woraufhin die tunesischen Sicherheitskräfte ihre Präsenz verstärkten. 2019 reklamierte der IS die Anschläge in der Nähe der französischen Botschaft, bei der zwei Menschen durch Selbstmordattentate getötet und acht Menschen verletzt wurden, vom Juni in Tunis für sich. Jüngere Terroranschläge in Tunesien fanden im März 2020 nahe der US-amerikanischen Botschaft in Tunis und im September 2020 in Sousse statt. 2023 kam es zudem zu einem Attentat auf die La Ghriba-Synagoge, einem zentralen Heiligtum der Jüd:innen der Region, auf welche es bereits 2002 einen Anschlag durch Al Kaida gegeben hatte. Ein Bezug zu einer Terrororganisation ist in diesem Fall aber unwahrscheinlich.

Vor allem die Regionen an der Grenze zu Libyen sind ein strategisches Ziel für IS-Kämpfer:innen. Um die Grenze zu sichern, kündigte Deutschland an, Überwachungstechnik zu schicken. Zudem wurden britische Expert:innen an die tunesische Grenze zu Libyen geschickt. Ende 2016 wurde zudem ein Aktionsplan gegen zurückkehrende „Foreign Fighters“, einschließlich strafrechtlicher Verfolgung von IS-Rückkehrer:innen, angekündigt. Insgesamt reisten rund etwa 2.900 Tunesier:innen nach Syrien und in den Irak, weitere rund 1.000 nach Libyen aus. 2019 hat die Regierung Initiativen zur Bekämpfung von Terrorismus gestartet, die u. a. die legislative Möglichkeit einschließen, Konten von Terrorverdächtigen einzufrieren.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Es gibt in Tunesien zahlreiche Banden von Schleuser:innen, welche illegale Migration über den Seeweg in häufig überfüllten und hochseeuntauglichen Schiffen nach Westeuropa organisieren. Tunesien ist außerdem ein wichtiges Transitland im internationalen

Drogenhandel. In der Vergangenheit war auch das Regime in den illegalen Drogenhandel involviert, als kriminelle Gelder aus dem Drogenschmuggel unter dem Schutz des Diplomatensstatus transportiert wurden. Tunesien liegt strategisch günstig für Drogenhändler:innen, da es sowohl in der Nähe Marokkos als auch dicht an der Südküste Europas liegt – dem Tor zum größten Drogenverbrauchsmarkt der Welt. Im Zuge politischer Instabilität nach 2011 hat sich der Drogenschmuggel in Tunesien verstärkt. Dabei spielen auch die [Grenzregionen](#) eine wichtige Rolle: An der durchlässigen Grenze zwischen Tunesien und Algerien boomt der Handel mit Cannabis und mit Klein- und Leichtwaffen. Gleiches gilt für die libysch-tunesische Grenzregion. Um den Schmuggel einzudämmen, kooperiert die tunesische Regierung mit Algerien und Libyen in Bezug auf Informationsaustausch, Grenzüberwachung und Verbrechensbekämpfung.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Tunesien boykottiert, zusammen mit den meisten anderen arabischen Staaten, das von der UN initiierte [Waffenregister](#). Einzig in den Jahren 1992 und 2009 wurden Berichte eingereicht. Hintergrund hierfür sind unter anderem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die aber im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Daher gibt es nur vereinzelt und sporadisch Informationen zu Importen Tunesiens mittels der Berichte von Handelspartnern. Auch im Rahmen der Berichterstattung von [Militärausgaben](#) an die Vereinten Nationen übermittelt Tunesien keine Daten.

Da das Land kein Mitglied des [Arms Trade Treaty](#) ist, reicht es entsprechend auch hier keine Berichte ein. Im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons reichte es lediglich 2010 einen knappen Bericht ein.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Es sind jedoch keine direkten Fälle

der unerlaubten Wiederausfuhr von Waffen bekannt, ein größeres Problem stellt der Schmuggel in das Land dar. Gerade der Waffenschmuggel aus dem instabilen Libyen und Gefechte mit militanten Islamist:innen an der algerischen Grenze führen immer wieder zur illegalen Weitergabe kleiner und leichter Waffen. Vor allem die Grenzregion Ben Guerdane, rund 30 Kilometer von der libyschen Grenze entfernt, wird regelmäßig zum Schauplatz großer Waffenschmuggelgeschäfte, die mittlerweile auch Imazighenstämme erfasst haben. Die Entscheidung der libyschen Regierung, einen dritten Grenzübergang in Mashhad Salih-Tijii an der Grenze zu Tunesien zu eröffnen, könnte den Waren- und Waffenverkehr weiter antreiben. Weitere Waffen aus Libyen geraten regelmäßig in die Hände von Extremist:innen in Tunesien, der ägyptischen Sinai-Halbinsel und Algerien. So haben sich inzwischen etwa Alger und Tunis verbündet, um gemeinsam gegen die islamistische Gruppe Ansar Al-Scharia vorzugehen, die bereits mehrfach das tunesische Militär angegriffen hat. Ganz im Süden Tunesiens gibt es eine weitere Schmuggelroute, die allerdings aufgrund der geographischen Verhältnisse sehr anspruchsvoll ist und nur von gut organisierten Banden betrieben werden kann – hier scheint sich die international agierende, dschihadistische Gruppe AQIM zu betätigen. Dies ist der Bereich, der derzeit von der tunesischen Regierung als Sperrzone ausgewiesen wird und in der das tunesische Militär erhöhte Präsenz zeigt. Noch weiter südlich, wo Libyen und Algerien aneinandergrenzen, wurden in der Vergangenheit auf algerischem Gebiet mehrfach Lager von Kriegswaffen (Lenkwaffen, Flugabwehr-, Panzerabwehrwaffen etc.) entdeckt, sodass man den äußersten Süden Tunesiens und das daran südlich angrenzende Gebiet derzeit durchaus als Kriegswaffen-Schmuggelzone bezeichnen kann. Expert:innen befürchten, die Zirkulation illegaler – meist libyscher Waffen – in Tunesien könnten das Land destabilisieren und den weiteren Transformationsprozess behindern. Nach einer informellen Verständigung europäischer G7-Länder hat Deutschland Unterstützungsleistungen zur Sicherung der tunesischen Grenzen nach Libyen und Algerien übernommen. In den Jahren nach dem Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011 wurden nahezu täglich Autos mit Handschusswaffen und AK-47 an der tunesischen Grenze angehalten. Eine im Jahr 2016 errichtete und etwa 200 Kilometer lange Sperranlage, dient dazu Terrorist:innen aus dem Nachbarland Libyen vom Grenzübertritt abzuhalten und gleichzeitig den illegalen Waffenhandel einzudämmen. Expert:innen aus den USA und aus Europa sollen die Grenzsoldat:innen ausbilden. Deutschland hat in den letzten Jahren im Rahmen seiner Unterstützung der tunesischen Grenzsicherung u. a. mobile Radarsysteme, Nachtsichtgeräte und Pionierfahrzeuge gestiftet. Außerdem hat es finanzielle Mittel für die Ausbildung tunesischer Spezialkräfte bereitgestellt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

In early 2021, almost 10 years after Tunisia's 2011 revolution, intense protests and a slogan from the uprising a decade ago reappeared ("The people demand the fall of the regime"). Despite the profound changes the country has undergone, Tunisian citizens have also experienced significant continuity. The country's economic model has barely changed and does not deliver for many Tunisians,

particularly for young people. The country is in urgent need of reforms that can ensure prosperity for more people, especially in the long-neglected interior regions. But even in the face of pressure from international financial institutions, entrenched interests are unwilling to yield – particularly well-connected businesses that benefit from a tight web of regulation and trade unions that represent workers in the bloated public sector. After a decade of effective economic stagnation, the COVID-19-induced recession risks undoing the small gains that have been made by individuals and in public finances. The COVID-19 recession is estimated to be the deepest economic contraction in the country's post-independence history. Tackling rampant corruption, regional inequalities, poverty and improving public services will require public investment. Yet, public investment was already declining before the pandemic and the funds necessary to finance further investment are now even harder to come by. [...]

Outperforming many European countries, the Tunisian authorities were comparatively successful in containing the spread of the novel coronavirus in early 2020. A professional civil service and competent medical establishment recognized the threat early on and reacted swiftly. However, the ongoing second wave of the pandemic has been less well contained as the authorities try to balance controlling infection numbers with the socioeconomic fallout from the crisis, which has decimated the country's important tourism industry, and has also affected exports to Tunisia's main market in Europe, and domestic supply and demand.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

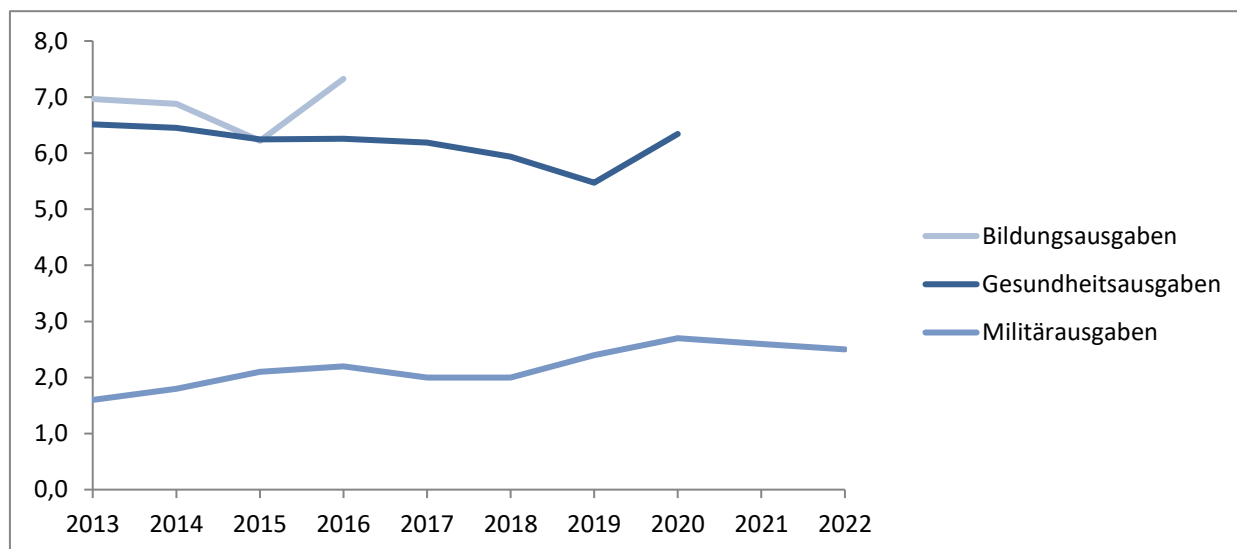
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	967	1190	1246	1250	1197
Militärausgaben/BIP	1,98	2,38	2,71	2,64	2,48
Gesundheitsausgaben/BIP	5,9	5,5	6,3	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2017	2018	2019	2020	2021
Auslandsverschuldung	33501	35033	39381	41047	41608
Anteil am BIP (in Prozent)	79,5	82,1	94	96,5	89,1
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	431,8	455,65	793,92	709,7	767,02
Net ODA (% of GNI)*	0,95	1,03	1,81	1,63	1,69
Deutsche ODA Zahlungen*	180,51	233,49	293,47	349,43	383,32

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2018	2019	2020	2021	2022
Militarisierungswert	121,2	127,1	130,2	129	128
Index-Platzierung	53	52	49	51	45

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2018	2019	2020	2021	2022
Algerien	Militarisierungswert	184	188,4	193,1	184,5	177,9
	Index-Platzierung	16	16	16	17	18
Libyen	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2023.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2018	2019	2020	2021	2022
Algerien	Militärausgaben (absolut)	9275,7	10006,9	9773,6	9112,5	8776,4
	Militärausgaben/BIP	5,5	6,0	6,7	5,6	4,8
Libyen	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2021). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,740	0,743	0,745	0,737	0,731

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und o (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung: Die ökonomische Lage Tunesiens ist relativ prekär und die Wirtschaft gilt als nur mittelmäßig resilient und mittelmäßig wettbewerbsfähig. Als lower-middle income country (BNE pro Kopf von 3.840\$) zählt Tunesien dennoch zu den Ländern mit einer hohen menschlichen Entwicklung (HDI-Wert von 0,731). Eine hohe Schuldenquote, hohe Arbeitslosigkeit und eine drohende Zahlungsbilanzkrise belasten aber die angeschlagene Wirtschaft. Weitere soziale Stressoren wie eine hohe Einkommensungleichheit, hohe Emigrationszahlen oder ein rapides Bevölkerungswachstum bestehen allerdings nicht. Im Hinblick auf die SDGs konnte Tunesien einige wichtige Erfolge erzielen, hinkt aber bei rund 20 % der Ziele hinterher oder verschlechterte sich sogar. Rund 42 % der Ziele sind aber mindestens auf einem guten Weg zur Zielerreichung bis 2030. Die Militärausgaben von durchschnittlich 2,2 % am BIP sind im regionalen Vergleich nicht besonders hoch – dennoch weist Tunesien dem Verteidigungssektor im globalen Vergleich recht viele Ressourcen zu. Angesichts der Wirtschaftslage, insbesondere der hohen Schulden und möglicher drohender Zahlungsausfälle, kann die Gefahr einer beeinträchtigenden Wirkung von Rüstungskäufen nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE) von 3.840 US-Dollar ist Tunesien ein „lower-middle income country“ und weist eine sehr hohe Auslandsverschuldung von 89,1 % des Nationaleinkommens auf. Dem Internationalen Währungsfonds (IWF) schuldet Tunesien bspw. allein 1,26 Mrd. US-Dollar. 2023 wurden Verhandlungen über ein weiteres Rettungspaket geführt – der anvisierte Kredit über 1,9 Mrd. Dollar wurde letztlich jedoch von Tunesien abgelehnt, da sich Präsident Saied gegen die Bedingungen des IWF durchsetzte, welche Kürzungen von Subventionen für Energie und Lebensmittel sowie den Verkauf von Staatsunternehmen umfasst hätten. Damit könnte Tunesien, Ratingagenturen zufolge, eine schwere Zahlungsbilanzkrise oder gar die Zahlungsunfähigkeit drohen. Ob sich Tunesien an anderer Stelle nach Krediten umsehen wird, bleibt daher abzuwarten. Mit Rang 87 im Global Competitiveness Index (2019) gilt Tunesien, als mittelmäßig wettbewerbsfähig und die Wirtschaft gilt als mittelmäßig diversifiziert – auch wenn der Grad der Diversifizierung im Hinblick auf das Einkommensniveau höher ist als zu erwarten wäre. Land-, Forstwirtschaft und Fischerei machen bspw. rund 10,1 % des BIPs aus, was kein außergewöhnlich hoher Wert ist und das Land in Hinblick auf Dürren oder andere

Naturkatastrophen krisenanfällig machen würde. Hauptexportsektoren sind Dienstleistungen (etwa Tourismus und Telekommunikation) Textilien, Elektronik und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Exporte machen rund 48,2 Prozent des BIPs aus. Das BIP-Wachstum ist seit 2011 allerdings schwach – so wies Tunesien zwischen 2011 und 2019 durchschnittlich eine Wachstumsrate von 1,7 % auf und brach mit der Covid-19 Pandemie gar um 8,8 % ein.

Soziale Entwicklung

Tunesien gilt mit einem HDI-Wert von 0,731 als Land mit hoher menschlicher Entwicklung. Entgegen der wirtschaftlichen Entwicklung stieg der Wert seit 2011, brach mit der Covid-19 Pandemie allerdings noch einmal ein, sodass die Entwicklung hier etwa auf dem Stand von 2014 liegt. Zum Vergleich: Deutschland liegt bei 0,942; die Nachbarländer Tunesiens Libyen und Algerien liegen bei 0,718 bzw. 0,745. Dabei kommt die Entwicklung Frauen aber etwas weniger zugute: Zwar haben Frauen eine höhere Lebenserwartung (77,1 zu 70,7 Jahren), dafür besuchen sie durchschnittlich ein Jahr kürzer die Schule und verdienen durchschnittlich nur rund ein Drittel so viel wie Männer.

Gelder der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit machen rund 1,69 % des BNE aus, was keinen hohen Wert bzw. keine Abhängigkeit darstellt. Mit einer Arbeitslosenquote von 16,1 % hat Tunesien allerdings ein großes Problem – die Jugendarbeitslosigkeit stellt sich mit 35,9 % sogar als äußerst gravierend dar.

Hinsichtlich der Ziele einer Nachhaltigen Entwicklung (SDGs) ist Tunesien bei vier von 17 Zielen auf einem guten Weg, insbesondere hinsichtlich Bildung und der Versorgung mit sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. So liegt die Alphabetisierungsquote mittlerweile bei 83,6 % und die Abschlussquote der Sekundarstufe I bei 80,5 %, der Anschluss an die Trinkwasserversorgung bei 97,2%, Unterernährung nur noch bei 3 %. Auch hinsichtlich Gesundheitsindikatoren konnten einige Erfolge verbucht werden, so gelten die Zahlen zur Müttersterblichkeit mit 37 pro 100.000 Lebendgeburten und die Kindersterblichkeit mit 16,3 pro 1.000 als Zielerreichung (zum Vergleich: der weltweite Durchschnitt liegt bei 223 bzw. 38). Das Ziel zur Beendigung von (absoluter) Armut gilt sogar als erreicht (mit rund 98.000 Menschen bzw. weniger als einem Prozent, die von 2,15 Dollar bzw. rund 2 % die von 3,65 Dollar am Tag leben müssen). Allerdings hinkt Tunesien bei der Erreichung von sechs Zielen stark hinterher, etwa bei Menschenwürdiger Arbeit, der Nachhaltigkeit von Stadtbau, nachhaltig bewirtschafteten maritimen und ländlichen Gebieten sowie hinsichtlich Frieden, Gerechtigkeit und starken Institutionen. So gibt es bspw. eine erhöhte Gefahr für Anschläge und Terrorismus, was auch die wichtige Tourismusbranche zeitweise stark schädigte. Der Gini-Index lag 2015 bei 32,8, was im internationalen Vergleich auf eine relative durchschnittliche Einkommensungleichheit hinweist. Zusätzliche Stressoren bestehen keine.

Die Militärausgaben stellen mit 2,2 % am BIP über die letzten zehn Jahre – insbesondere im Vergleich zu den hohen Gesundheits- und Bildungsausgaben (6,2 % bzw. 6,8 %) – keinen extrem hohen Wert dar. Regional betrachtet weist Tunesien seinem Militär sogar deutlich weniger Ressourcen zu als seine Nachbarländer. Im jüngsten Globalen Militarisierungsindex (2023) erreicht Tunesien dennoch den 45. Platz und gilt somit als stark militarisiert. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage (hohe Arbeitslosigkeit, hohe Schulden und drohende Zahlungsbilanzkrise) muss entgegen der diesjährigen Bewertung durch die BICC-Datenbank die Gefahr der beeinträchtigenden Wirkung von Rüstungskäufen aber als möglicherweise kritisch bewertet werden.

bicc \
Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de
twitter.com/BICC_Bonn



Direktor
Professor Dr. Conrad Schetter

HERAUSGEBER
Dr. Markus Bayer

SONSTIGE MITARBEIT
Rolf Alberth
Stella Hauk
Fiona Wilshusen
Paul Rohleder

LAYOUT
BICC

VERÖFFENTLICHUNG
26.01.2024

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

